

## **Zum Stand Bundesfreiwilligendienst Probleme und Handlungsbedarfe aus Trägersicht**

Das Gesetz zur Einführung des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) wurde am 24. März 2011 durch den Bundestag beschlossen, die Vorlaufzeit zur Vorbereitung für die Träger (und wohl auch für den Bund selbst) war extrem kurz. Zu kurz, um, wie sich jetzt zeigt, einen reibungslosen Start am 1. September sicherzustellen. Viele Entscheidungen und Informationen zum BFD kommen und kamen sehr spät, Zentralstellen, Träger und Einsatzstellen wurden immer wieder mit neuen Festlegungen konfrontiert. Das trägt nicht zu einem positiven Image des Bundesfreiwilligendienstes bei.

Uns, die Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (LKJ) Sachsen e.V., langjähriger Träger des FSJ Kultur in Sachsen, hat das jedoch nicht entmutigt, bereits seit Dezember 2010 in Informationsveranstaltungen für den neuen Freiwilligendienst zu werben. Am 26. August haben wir bei der Abschluss-/Auftaktveranstaltung der Freiwilligenjahrgänge 2010/2011 und 2011/2012 im Theater der Jungen Welt in Leipzig die ersten 45 Bundesfreiwilligendienstleistenden begrüßt. Wir sehen in der Einführung des BFD eine Chance, zusätzliche Freiwilligenstellen zu schaffen und beabsichtigen, beide Dienstformen – FSJ und BFD – unter der Dachmarke „Freiwilligendienste in Kultur und Bildung“ zu vereinen. Freiwillige beider Dienstformen werden gemeinsam die Bildungsseminare besuchen, erhalten dasselbe Taschengeld, realisieren während ihres freiwilligen Jahres möglichst ein eigenständiges Projekt und erhalten am Ende ein Zertifikat. Auch die Einsatzstellen zahlen in beiden Dienstformen denselben Eigenbetrag – wir machen keine Unterschiede, weil wir nicht Freiwillige erster oder zweiter Klasse haben wollen.

Die Entwicklung der letzten Tage und Wochen jedoch gibt Anlass zu großer Besorgnis. Mit aller Kraft und vielen Versprechungen versuchte der Bund - da die BFD-Zahlen weit hinter den Erwartungen zurück bleiben - die Träger zu einer Umwidmung von FSJ- in BFD-Stellen zu drängen.

Wir sehen das als Vertrauensbruch, weil seit Bekanntgabe der Einführung eines BFD durch das Bundesministerium immer versichert wurde, dass das nicht in Konkurrenz zu dem durch freie Träger organisierten und in Länderhoheit stehenden FSJ geschehen soll. Wir halten den Druck, der in den letzten Wochen durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) auf die Träger, Einsatzstellen und Zentralstellen ausgeübt wurde, für bedenklich. Es besteht die Gefahr, durch die derzeit angesagten Maßnahmen den BFD zu diskreditieren und potentiell Interessierte eher abzuhalten, sich dafür zu bewerben.

<b>Die LKJ Sachsen beabsichtigt, ab 1.9.2011 mit ca. 40 FSJ- und 50 BFD-Plätzen ins neue Freiwilligenjahr zu starten.</b>
---

### **Kopplungsmodell und Druck zur Stellenumwandlung**

Zur Vermeidung möglicher Konkurrenzen oder Abwerbungen zwischen beiden Dienstformen, die auch durch die bessere finanzielle Ausstattung des BFD entstehen könnten, wurde das so genannte Koppelungsmodell festgelegt, das ab 1.9.2012 gelten sollte: um FSJ-Stellen nicht zu verdrängen, dürfen nur so viele BFD-Stellen zusätzlich eingerichtet werden, wie der Träger FSJ-Stellen vorhält.

Geplant war die Besetzung von 35.000 BFD-Stellen zum 1.9.2011. Da sich diese Planung als nicht realisierbar erweist - im Gegenteil, durch eine erhöhte Bundespauschale im FSJ (200 Euro) wurden hier ca. 20.000 Plätze mehr als im Vorjahr beantragt – übte der Bund nun Druck auf die Träger aus und machte sogar die Bewilligung von FSJ-Geldern von der Besetzung von BFD-Stellen abhängig. Er drängte die Träger zur Umwidmung von Stellen, sagt großzügige Unterstützung und Anerkennung der Einsatzstellen durch das Bundesamt in Köln zu und stellt Musteränderungsverträge bereit. Das BMFSFJ steht unter Erfolgsdruck und muss bis zur Haushaltsbereinigungssitzung Mitte Oktober nachweisen, dass der BFD erfolgreich läuft. Das BMFSFJ steuert daher um vom FSJ zu BFD. Für drei FSJ-Plätze, so die Ansage, müssen zwei BFD-Plätze generiert werden. Die Zuwendungsbescheide des BMFSFJ sollten für die FSJ-Träger nur entsprechend des Verhältnisses – ggf. auch nur in Etappen – erstellt werden. Das Ministerium garantierte, innerhalb einer Woche alle FSJ-Plätze zu BFD-Plätzen umzuwidmen und diese anzuerkennen. Was jedoch in deutlichem Widerspruch steht zur Antwort des

Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Hermann Kues vom 21. Juli 2011 auf die Kleine Anfrage der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag: *„Das Kopplungsmodell wird in dem Maße angewandt, wie es nötig ist, um eine Verdrängung der Jugendfreiwilligendienste durch den Bundesfreiwilligendienst zu verhindern. Gegenwärtig sind nicht nur keinerlei negative Auswirkungen auf die bestehenden Jugendfreiwilligendienste zu beobachten, sondern im Gegenteil – wie von der Bundesregierung stets erwartet – eine deutliche Stärkung. Im Freiwilligenjahr 2011/12 wird daher keinerlei Begrenzung (oder „Koppelung“) der Zahl der Plätze im Bundesfreiwilligendienst notwendig sein.“* Weiß hier die linke Hand nicht, was die rechte tut?

Der massive Druck verunsicherte die Einsatzstellen und die Träger. Er stellt einen Vertrauensbruch dar. Er verkennt die Situation, dass die Vertragsgestaltung mit Freiwilligen im FSJ anders ist als die mit Bundesfreiwilligendienstleistenden. Die freien Träger, die gerade eben Verträge mit Einsatzstellen und Freiwilligen geschlossen haben, sollten nun diese Verträge für nichtig erklären und neue abschließen. Außerdem ist es für einen Jugendlichen ein durchaus grundsätzlicher Unterschied, ob er ein Vertragsverhältnis mit dem Bund oder mit einem freien Träger eingeht. Mitten in der Ferienzeit und wenige Wochen vor dem 1. September eröffnete man neue Bedingungen, die so nie vorab kommuniziert worden waren. Aber die Zentralstellen und Träger, vor allem die großen Wohlfahrtsverbände, aber auch Politiker aller Parteien, wollten diese Kröte nicht schlucken und haben massiven Widerstand angemeldet und die Bundesregierung an ihre eigenen Aussagen erinnert. Mit diesem Druck hatte die Bundesregierung nicht gerechnet. Er zeigte Wirkung: das 3 zu 2 Modell wurde für die Wohlfahrtsverbände zunächst für acht Monate ausgesetzt und die Bereiche Sport und Kultur sind davon gänzlich ausgenommen. Alle Zentralstellen wurden jedoch verpflichtet, zusätzliche Bundesfreiwilligendienststellen zu schaffen.

### **Kindergeldanspruch**

Auch andere verbindliche Informationen zum BFD (Kindergeldanspruch, Förderpauschale, Regelung der Bildungstage) kamen und kommen eindeutig zu spät. Der Kindergeldanspruch soll im Gesetz zur Umsetzung der Betreibungsrichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften (BeitrUMsG) geregelt werden, das jedoch erst im November im Bundestag beschlossen werden soll. Kindergeld kann dann rückwirkend im Dezember gezahlt werden. Die Familienkassen sind am 24. Juni angewiesen worden, die betroffenen Kindergeldfälle offen zu stellen. Das bedeutet, dass die Bundesfreiwilligendienstleistenden unter 25 Jahren frühestens im Dezember mit einer rückwirkenden Kindergeldzahlung rechnen können. Wovon bezahlen sie bis dahin ihre Miete? Nicht jeder ist in der Lage, auf diese 184 Euro monatlich zu verzichten, nicht jede Familie kann diese Summe ihrem Kind vorstrecken. Dennoch ist die Tatsache, dass auch im BFD Kindergeld gezahlt wird, ein großer Erfolg, den die Träger durch intensive politische Lobbyarbeit erst nachträglich erzwungen haben, um die Rahmenbedingungen für beide Freiwilligendienste – FSJ und BFD – möglichst vergleichbar zu gestalten.

### **Bildungstage und Bildungsstätten**

Die nunmehr verbindliche Festlegung der Anzahl der Bildungstage in den Bildungsstätten des Bundes kam zwei Tage vor dem Start des BFD am 1. Juli. Waren zunächst 5 Tage politische Bildung + 5 Tage Seminar in den Bildungsstätten angesagt, sind es nun 15 Tage, die über Bildungsgutscheine in den Bildungsstätten des Bundes abzuleisten sind. Diese Information hat alle Träger überrascht, zumal es trägerseitig bereits Planungen für die Seminare und Bindungen in Bildungsstätten freier Träger oder Jugendherbergen gab.

Durch diese Regelung werden Bildungsstätten freier Träger benachteiligt, da Seminare im Rahmen der obligatorischen Bildungstage nun nur noch zu einem geringeren Teil dort durchgeführt werden können. Übernachtungskapazitäten im Freistaat bleiben ungenutzt, Gelder, die in Sachsen umgesetzt werden könnten, verbleiben beim Bund. Die LKJ kalkuliert einen Bildungstag mit ca. 37 Euro. Für einen Bildungstag in den Bildungsstätten des Bundes werden 80 Euro berechnet. Der Betrag für die Bildungspauschale, die wie im FSJ ab 1. September 200 Euro betragen soll, wird den Zentralstellen/Trägern nur zur Hälfte ausgezahlt, der Rest wird für die 15 verpflichtenden Bildungstage in den Bildungsstätten des Bundes einbehalten.

### **Qualitätskonzept**

Spätestens an dieser Stelle kommt die Frage nach dem Bildungs- und Qualitätskonzept des BFD zwangsläufig auf. Dieses Konzept gibt es im BFD ganz einfach nicht bzw. man überträgt

den Zentralstellen die Verantwortung für die Sicherstellung der pädagogischen Begleitung, will aber ganz bewusst „Entwicklungs- und Gestaltungsmöglichkeiten erhalten“, was auch immer das heißen mag. Die FSJ-Träger, die bisher in dieser Verantwortung standen, hatten unter Berücksichtigung entsprechender Vorgaben ein Bildungs- und Betreuungskonzept für die Freiwilligen erarbeitet, das sich an den speziellen Einsatzbereichen (Soziales, Sport, Politik, Denkmalschutz, Kultur) orientierte und damit auch einen Beitrag zur Berufsorientierung und –vorbereitung leistete. Ab 1. September sind Bundesfreiwilligendienstleistende verpflichtet, 15 Bildungstage in einer der 17 ehemaligen Zivildienstschulen – jetzt Bildungsstätten des Bundes – zu absolvieren. Selbst wenn diese sich auf den neuen – den freiwillig dienenden – Jugendlichen seit einigen Wochen inhaltlich und konzeptionell einstellen – eine pädagogische Betreuung, wie sie über die FSJ-Koordinatorinnen und –Koordinatoren erfolgte, ist hier nicht möglich. Im FSJ haben sich Koordinatoren und Freiwillige über die Bildungstage, die Seminare und die Einsatzstellenbesuche gut kennen gelernt und es konnte eine individuelle Beratung des Jugendlichen erfolgen. Nun übernehmen diese Aufgaben anteilig die Angestellten der Bildungsstätten bzw. die Außendienstmitarbeiter (Regionalbetreuer) des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben. Die Träger mit ihren Fachreferenten, Koordinatoren, Erfahrungen, fachlichen, pädagogischen und methodischen Kompetenzen und ihren Qualitätsstandards werden als Akteure nicht mehr gebraucht. Auf die Frage (Kleine Anfrage der SPD-Fraktion), wie das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) – bis zum 30.6. Bundesamt für Zivildienst (BAZ) - sicherstellt, dass die angeschlossenen Einsatzstellen den BFD analog zum FSJ und FÖJ nach hohen Qualitätsstandards durchführen und sich keine Freiwilligendienste erster und zweiter Klasse etablieren, antwortet der Parlamentarische Staatssekretär: *„Ein hoher Qualitätsstandard wird u.a. durch die Außendienstmitarbeiterinnen und –mitarbeiter sowie die 17 Bildungszentren des BAFzA sichergestellt. Im Übrigen nimmt der Bund die Freiwilligen als die zentralen Akteure des BFD ernst und geht davon aus, dass diese – wie schon im Zivildienst – u.a. durch sorgfältige und mündige Platzauswahl sowie durch ‚Mund zu Mund-Propaganda‘ zu einer hohen Qualität beitragen werden.“* Die Frage, ob derselbe Betreuungsschlüssel wie beim FSJ und FÖJ gelten werde (1:40), beantwortete er nicht.

### **Ausbootung der Träger und Abwerbung von Einsatzstellen**

Die *„Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, und dem Freiwilligen über die Ableistung eines Freiwilligendienstes auf der Grundlage des Bundesfreiwilligendienstgesetzes“* dürfen die Einsatzstellen und Träger in den Ländern zwar mit unterzeichnen, aber eigentlich sind sie im BFD verzichtbar. Zumal es große Anstrengungen des BAFzA gibt, möglichst viele Einsatzstellen an sie als Zentralstelle zu binden. Sie tun das zu denkbar günstigen Bedingungen, die kein freier Träger bieten kann. Das Bundesamt bietet Betreuung und Bildungsseminare konkurrenzlos günstig an und unternimmt über Institutionen wie den Deutschen Städtetag (Ab-)Werbung für diese Dienstleistung. Als langjähriger FSJ-Träger sind wir in Städten, besonders in Dresden, bereits damit konfrontiert, dass die Kommunen Einrichtungen in städtischer Trägerschaft zwingen, den BFD über das Bundesamt zu organisieren. Die klare Aussage des Haupt- und Personalamtes der Stadt Dresden lautet: Dresden wird im BFD-Bereich nicht mit freien Trägern zusammen arbeiten. Auf diese Weise werden freie Träger mit langjährigen Erfahrungen im Umgang mit Freiwilligen, Einsatzstellen und Bildungskonzepten in verschiedenen fachlichen Bereichen ausgebootet und zivilgesellschaftliche Strukturen an den Rand gedrängt. Die Krönung dieser Entwicklung besteht aber darin, dass im Entwurf der *„Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen und Leistungen zur Förderung der Jugendfreiwilligendienste nach dem Jugendfreiwilligendienstegesetz sowie des Internationalen Jugendfreiwilligendienstes nach der Richtlinie des BMFSFJ vom 10. Dezember 2010 (BMBl, S. 1778) durch den Bund“*, kurz : FRL Jugendfreiwilligendienste – RL-JFD) vom 22. Juli 2011, das BAFzA nun auch als Zentralstelle für das FSJ fungieren kann! Unter 4.a.(4) heißt es: *Für Träger, die sich zur Durchführung des Freiwilligen Sozialen Jahres dem Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben anschließen, werden die zentralen Maßnahmen der Qualitätsentwicklung und –sicherung (Bundestutorat) als Sachleistung erbracht.* Das Bundesamt bietet alle Leistungen aus einer Hand zum Null-Tarif für Einsatzstellen an. Es ist aus unserer Sicht ein unlauterer Wettbewerb, der gewachsene Trägerstrukturen gefährdet. Wir sehen es als Symptome hin zu einer Vereinheitlichung der Dienstformen – was wir an sich begrüßen würden, um auch den Freiwilligen mehr Klarheit zu geben. Aber nicht über zentralistische Strukturen, sondern in der Verantwortung zivilgesellschaftlicher Träger, die sich dieser Verantwortung in der Vergangenheit mit Kompetenz, Erfolg und Anerkennung durch die Zivilgesellschaft stellten.

### **Arbeitsmarktneutralität und Freiwilligkeit**

Da das BMFSFJ das Ziel hat, möglichst rasch möglichst viele BFD-Stellen zu schaffen – auch um Gelder und eigene Arbeitsplätze zu „sichern“ - hat es großes Interesse an der Zielgruppe der über 27jährigen. Wir beobachten mit Sorge, dass insbesondere auch ALG-II-Empfänger für einen BFD gewonnen werden und für ein Taschengeld weit unter dem Höchstsatz von 330 Euro arbeiten sollen (Selbstbehalt 60 Euro). Wir sehen hier das Prinzip der Arbeitsmarktneutralität in Gefahr, ebenso wie die Freiwilligkeit der Teilnahme.

### **Politische Verlässlichkeit**

Der Bund muss sein Wort halten und darf den BFD nicht zu Lasten des anerkannten und durch freie Träger erfolgreich organisierten FSJ in zentralistischer Manier umsetzen. Auch auf Bundesebene sind diese Bestrebungen spürbar, wie im Falle der Rücknahme der bereits erteilten Bewilligung zur Förderung der Koordinierungsstelle Jugendfreiwilligendienste des Institutes für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) e.V., die als Kommunikations- und Vernetzungsplattform die Kooperation des BMFSFJ mit den Bundesarbeitskreisen FSJ und FÖJ und den Bundesländern begleitet und unterstützt hat. Im Zuge der Haushaltsaufstellung 2011 strich die Bundesregierung die Aufgaben der Koordinierungsstelle überraschend, obwohl sie noch im Dezember 2010 erklärt hatte, diese zu einer Servicestelle weiterzuentwickeln. Der Bund plant, die Aufgaben auf das Bundesamt für Zivildienst zu übertragen. Die Koordinierungsstelle hat ihre Arbeit bereits beendet.

### **Chancen nutzen**

Wir sind bereit, den BFD nach Kräften zu unterstützen, zumal er für uns die einzige Möglichkeit darstellt, die Anzahl der Freiwilligenplätze auszubauen. Durch die Kürzung der geförderten FSJ-Plätze in Sachsen von 1.100 im Jahr 2009 auf derzeit 650 bestehen ansonsten für uns keine Entwicklungsmöglichkeiten. 800 Bewerbungen für ein FSJ Kultur bei der LKJ Sachsen e.V. in diesem Jahr sind aber Ausdruck der ungebrochen hohen Nachfrage für einen Freiwilligendienst in Kultur und Bildung, der sich dank hoher Qualitätsstandards und verantwortungsbewusster Zusammenarbeit zwischen Träger, Einsatzstellen und Jugendlichen zu einer anerkannten Marke entwickelt hat und sich einer hohen Wertschätzung erfreut. Dem stehen 34 geförderte FSJ-Plätze durch das Land gegenüber.

Die derzeitigen Entwicklungen sehen wir jedoch mit Unbehagen. Wir sind nicht allein mit unserer Sorge, dass sich die Länder nun gänzlich aus ihrer Verantwortung für Freiwilligendienste heraus ziehen könnten, da der Bund ja ausreichend Mittel zur Verfügung stellt. Wir wandten uns damit auch an das zuständige Ministerium.

Am 28. Juli erhielten wir vom zuständigen Referenten im Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Friedemann Beyer, folgende Mail: *„.... in Folge der jüngsten Absichten des Bundes, die FSJ-Bundesförderung an das Angebot von BFD-Plätzen zu koppeln, hat sich auch das SMS an das BMFSFJ gewandt. Wir äußern dabei Verständnis, den BFD zum Erfolg führen zu wollen, verweisen jedoch darauf, dass das FSJ nicht beschädigt werden darf. Wir schlagen vor, Bestandsschutz bzgl. der bisherigen Platzzahl der Bundesförderung zu gewähren und eine Koppelung an den BFD nur bei neuen Plätzen vorzunehmen (Förderung für weitere FSJ-Plätze nur bei gleichzeitigem Angebot von BFD-Plätzen). Zudem sollten nach unserer Auffassung kleine Träger von der Koppelung ausgenommen werden. Die FSJ-Landesförderung bleibt hiervon unberührt. Sie kann im Rahmen der Richtlinie weiterhin sowohl für Plätze mit als auch ohne Bundesförderung eingesetzt werden. Wir hoffen, dass die „Umwidmung“ abgeschlossener FSJ-Verträge in BFD-Verträge vermieden werden kann.“*

Unsere Erfahrungen und Kompetenzen im Umgang mit jungen Menschen wollen wir auch weiterhin selbständig und selbst bestimmt, nach den Qualitätsstandards des BKJ-Trägerverbundes „Jugendfreiwilligendienste in Kultur und Bildung“ einbringen und die Zivilgesellschaft demokratisch mitgestalten. Wir haben Vertreter von Politik und Verwaltung auf Bundes- und Landesebene über die Entwicklungen informiert und um Unterstützung gebeten. Die Glaubwürdigkeit politischer Entscheidungen steht auf dem Spiel.

Dr. Christine Range  
Geschäftsführerin der LKJ Sachsen e.V.